

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
Postfach 7121
24171 Kiel

Per E-Mail: innenausschuss@landtag.ltsh.de

02.07.2014

Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Änderung gesetzlicher Vorschriften über die Wahlen von Landesbeauftragten sowie zum Gesetzentwurf zur Einrichtung des Amtes eines oder einer Landesbeauftragten für politische Bildung

Dem Landesjugendring Schleswig-Holstein ist politische Bildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen ein großes Anliegen. Dementsprechend sprechen wir der Landeszentrale für politische Bildung und ihrer Leitung einen hohen Stellenwert zu. Es ist bedauerlich, dass die Funktion der Landeszentrale für politische Bildung längerfristig dadurch beeinträchtigt ist, dass keine neue Leitung vorhanden ist. Das Eingreifen des Gesetzentwurfs zum Landesbeauftragten für politische Bildung in ein laufendes Verfahren und die Debatte über die Wahl von Landesbeauftragten mit Zweidrittelmehrheit halten wir für ein durchweg falsches Signal an die Öffentlichkeit, das nicht zu einem positiven Politikverständnis in der Gesellschaft beiträgt.

Wir enthalten uns einer Stellungnahme dazu, ob es einen Landesbeauftragten für politische Bildung geben soll und verweisen darauf zu prüfen, welche - erfolgreichen - Modelle andere Bundesländer umsetzen. Wichtig ist uns insbesondere, dass eine schnelle, aber langfristige Lösung gefunden wird, damit die Landeszentrale ihren Aufgaben umfänglich nachkommen kann. In den Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtags herrscht Einigkeit darüber, dass die Wahlbeteiligung bei den letzten Wahlen, insbesondere auch bei jungen Wähler_innen, deutlich zu niedrig ausfällt. Es wäre folgerichtig, die politische Bildung insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Der Landesjugendring versteht sich gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung als engagierter Partner für die politische Jugendbildung. Ohne zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen sowohl bei der Landeszentrale als auch den Jugendverbänden wird es allerdings nicht möglich sein, einen nachhaltigen Beitrag zur Stärkung der politischen Bildung in Schleswig-Holstein zu leisten, der über das aktuelle Engagement hinausgeht.

Dem Gesetzentwurf, zukünftig alle Landesbeauftragten mit einer Zweidrittelmehrheit zu wählen, stimmen wir nicht zu. Die Zweidrittelmehrheit sollte Verfassungsänderungen und ähnlichen Entscheidungen vorbehalten bleiben.

Landesjugendring Schleswig-Holstein

i.A.


Anne-Gesa Busch
Geschäftsführerin